Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 37

Vorwort: Propaganda getarnt

Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A. Z. Bern 1

Schweizer Kommentare für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Hitlers Hass auf die «Entente Cordiale» ist Chruschtschews Hass auf die EWG (2 und 3)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit
Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger
Verwaltung: Oswald Schürch
Postcheck: III 24616, Telephon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern
Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.— *50 Rp.*

3. Jahrgang, Nr. 37 **Bern, 12. September 1962** *Erscheint wöchentlich*

Propaganda getarnt

Wenn die Kommunisten Misserfolge erleiden, so lassen sie sich nicht entmutigen. Sie versuchen, daraus eine Lehre zu ziehen, um künftige Fehler zu vermeiden. Wenn sich also eine Angriffsrichtung als ausweglos erweist, wird nach neuen Mitteln und Methoden gesucht. Dieser unermüdliche Einsatzwille und die dabei bekundete taktische Anpassungsfähigkeit gehen auf Lenin selbst zurück.

Zuweilen ist die kommunistische Propaganda ausserordentlich plump und deshalb wenig erfolgreich. In solchen Fällen muss sie verfeinert werden, was am besten durch deren Tarnung geschieht. Es werden dann bewusste oder unbewusste Strohmänner vorgeschickt. Diese kämpfen mit geschlossenem Visier und verheimlichen ihre Zugehörigkeit zur kommunistischen Bewegung. Sie setzen sich nicht unmittelbar und offen für die kommunistischen Anliegen ein. Vielmehr rufen sie die Werte der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit an, um Auf diese Weise ihre Absichten einzuträufeln.

Dummheit oder Absicht?

Das geschieht auch in der Schweiz. Als Illustration sei eine neue Zeitschrift erwähnt, die seit März dieses Jahres in Genf unter dem Namen «Cahiers Politiques de Genève» erscheint. Herausgeber und Redaktor ist Maître Paoliello, der, 1919 geboren, 28 Jahre später mit einer Studie über den Mietvertrag an die Oeffentlichkeit getreten ist. Die mit keinem Wort zum Kommunismus sich bekennende Zeitschrift wird in der Hofdruckerei der PdA, der «Coopérative d'Imprimerie» in Genf, hergestellt. Dem Druckort entspricht nach genauerer Untersuchung auch der Inhalt.

Die Tarnung ist zwar recht geschickt und der kommunistische Gehalt nicht offensichtlich. Da wird beispielsweise das Berlin-Problem behandelt. Da wird behauptet, Berlin verhalte sich territorial zur Deutschen Demokratischen Republik (d. h. Sowjetische Besatzungszone), wie Bern zur übrigen Schweiz! Der Westsektor sei eine kapitalistische Enklave, im sozialistischen (lies kommunistischen) Gebiet «verloren».

Man muss die grösste Hingabe an die Ideen des Kommunismus mit der Fähigkeit vereinigen, alle notwendigen praktischen Kompromisse einzugehen, zu lavieren, zu paktieren, im Zickzack vorzugehen, Rückzüge anzutreten.

Lenin, Ausgew. Werke, II, 739.

Auf die Frage, wie dies kommen konnte, weiss Maître Paoliello keine Antwort. «Es ist in solchen Fällen natürlich recht schwer, die genauen Absichten der ‚Grossen' herauszufinden. Die diplomatischen Dokumente geben nie die versteckten Absichten preis, denen diese oder jene Stellungnahme zugrunde liegt; das ist selbstverständlich.» (!) Immerhin habe der Westen erhofft, durch die Anwesenheit in Berlin die Sowjetische Besatzungszone zurückzuerobern oder dort wenigstens eine Propagandazentrale zu eröffnen. Und das sei heute der Fall. Westberlin stelle ein Zentrum der antikommunistischen Propaganda dar, von wo aus durch Zirkulare die Mediziner und Chemiker in der Zone zur Flucht veranlasst worden seien.

An der Tatsache, dass die SBZ einen neuen Staat darstellte, ändere auch die Flucht ewiger Unzufriedener nichts, denn die SBZ habe noch genügend Einwohner (!), und mehrere Hunderttausend Westdeutscher hätten sich dort niedergelassen. «Das ist ein wichtiger Umstand.» Im übrigen sei die SBZ eine der ersten Industriemächte geworden. «Ihre Fortschritte sind beträchtlich und die industriellen Ergebnisse hervorragend, was sowohl der wirtschaftlichen und politischen Organisation als auch dem Charakter und der Durchhaltekraft des Deutschen zuzuschreiben ist.»

Diesen Ausführungen wird der Hut aufgesetzt mit der Behauptung, dass Berlin gesamthaft auf Grund des Prinzips der Gebietseinheit und des Nationalitätenprinzips der SBZ zustehe.

Der Autor sollte eigentlich als Jurist über genügend Sachlichkeit, als Akademiker über genügend Intelligenz und als Schweizer über genügend Informationen verfügen, um solche Tatsachenverdrehungen nicht zu äussern. Die in einer beinahe rührenden Naivität geäusserte Meinung ist natürlich nicht haltbar.

In Tat und Wahrheit

Zunächst ein Hinweis auf die Rechtslage, die Maître Paoliello ungetrübt von jeglicher Sachkenntnis behandelt. Für die ehemalige Reichshauptstadt Berlin hatte die Europäische Beratende Kommission der Westmächte am 12. September 1944 eine besondere Verwaltung vorgesehen und gebilligt. Durch das Londoner Abkommen vom 14. November 1944 ist eine alliierte Verwaltungsbehörde für das Gebiet von Gross-Berlin eingesetzt worden. Am 1. Mai 1945 gesellte sich Frankreich zu den Grossen Drei (USA, Grossbritannien und Sowjetunion). Die Kommandantur nahm ihre Arbeit am 11. Juli 1945 auf. Diese und weitere Verträge und Abmachungen zum Viermächtestatus von Berlin sind von der Sowjetunion als null und nichtig erklärt worden. Das Völkerrecht kennt jedoch keine einseitige Aufhebung internationaler Verträge. Die Blockade von 1948/49 und die Errichtung der Schandmauer sind nicht nur klare Rechtsbrüche, sondern eindeutige Annexionsversuche. Aber diese «Kleinigkeiten» sind Maître Paoliello offenbar entgangen.

Ueber die angeblich «brillanten Industrieresultate» in der SBZ weitere Worte zu verlieren, erübrigt sich angesichts der katastrophalen Ernährungslage der Zone, die für etliche Waren die Rationierung wieder einführen musste.

Dass ferner die SBZ noch über eine «genügende Bevölkerung» verfügt, hat sie allein der Schandmauer zu verdanken, was zumindest eine eigenartige Methode darstellt, die Untertanen nicht zu verlieren. Da endlich hüben und drüben der von den Kommunisten verminten und bewachten Zonengrenze Deutsche wohnen, kann weder der Grundsatz der Gebietseinheit noch das Nationalitätenprinzip zur Lösung der Berlin-Frage angerufen werden. Dagegen könnte das auch in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Selbstbestimmungsrecht der Völker eine Lösung bringen, für Berlin so gut wie für die Zone. Nur hat Ulbricht Angst vor einer freien Volksabstimmung, weil er eine solche um keine Sekunde überleben würde.

Das ist die Sachlage, die man in einem Lande mit Informationsfreiheit erkennen kann.

Prügelknabe EWG

Maître Paoliello widmet seine Aufmerksamkeit in einer andern Nummer besagter Zeitschrift auch der EWG.

Aus angeblicher Besorgnis um die Schweiz warnt er vor einem möglichen Beitritt. Und das mit eigenartigen Argumenten: In Frankreich stiegen die Lebenskosten, das soziale Klima sei ungünstig, die Streiks verstärkten sich; die gleichen Erscheinungen seien in Italien und in der Bundesrepublik feststellbar. Ueberdies halte die EWG ihre Versprechen nicht und verschärfe die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Mitgliedstaaten.

Man ist versucht, Paoliello eine heilige Einfalt zuzumuten — und täuscht sich gewaltig. Hier ist kommunistische Absicht am Werk, klare, eindeutige kommunistische Propaganda, auch wenn sie getarnt wird.

Pär Sagn.